

## Französische Verhältnisse

Wollen wir französische Verhältnisse?

Frankreichs Sekundarlehrer fordern gegliedertes Schulwesen.

Auf einer Veranstaltung des VDR in Rosenheim berichtete Madame Monique Cartigny, Vorstandsmitglied der SNALC (Syndicat National des Lycées et Colléges), der Lehrer-Gewerkschaft der Sekundarschulen, über das französische Schulwesen und warnte die Delegierten vor französischen Verhältnissen, wie sie uns durch das Volksbegehren „Bessere Schule“ drohen. Wichtige Ziele dieses Volksbegehrens sind unter anderem die schrittweise Einführung der Gesamtschule (Regionalschule) und die Ausweitung der Entscheidungs-Kompetenz des Schulforums und der Elternbeiräte.

Da die Befürworter der Regionalschule die negativen Erfahrungen in anderen deutschen Bundesländern ignorieren, drängt sich der Blick über den Zaun in unser Nachbarland Frankreich auf.

Dort bezeichnete sogar der jetzige Kultusminister Francois Bayrou in seinem Buch „La décennie des mal-appris“ die Gesamtschule (collège unique) als „sanglante anerie“ (himmelschreiende Dummheit), und in französischen Zeitungen stößt man immer wieder auf Schlagzeilen, wie „Le système éducatif court à l’abime“ (Das frz. Schulwesen steuert auf den Abgrund zu) oder „Le collège, le trou noir de la pédagogie“ (Die Gesamtschule, das schwarze Loch der Pädagogik).

Was ist so schlecht an der Gesamtschule, dass die ganze französische Nation darüber klagt? Das „collège unique pour tous“, d.h. die Einheitsgesamtschule für alle, umfasst vier Jahrgangsstufen und wird von allen Schülern im Alter von 11/12 bis 15/16 besucht. Dieser Schultyp wurde im Namen der Chancengleichheit 1976 vom damaligen Erziehungsminister René Haby gegründet, nimmt alle Schüler, gleich welchen Niveaus, welcher Interessen und Begabungen auf und unterwirft sie im Prinzip vier Jahre lang den gleichen Lehrplänen.

Die angebliche Chancengleichheit führt schnell zur Nivellierung der Leistungsunterschiede, zu stark heterogenen Klassen, zu verstärktem Schulversagen der schwachen Schüler, zu Unterforderung und Langeweile bei den leistungsstarken Schülern, zu einem starken Niveauverlust und zu Disziplinschwierigkeiten. In den ersten zehn Jahren nach der Einheitsgesamtschule für alle nahm die Zahl der Schüler, die eine Klasse wiederholen mußten, ständig zu. Diese Situation verkehrt sich danach ins Gegenteil, was zum einen auf den starken Niveauverlust und zum anderen auf die größere Mitsprache der Eltern zurückzuführen ist, die bestimmen können, ob ihr Kind eine Klasse wiederholt oder nicht.

Obwohl 20 % der Schüler nach der Grundschule nicht richtig lesen und schreiben und kaum dem Unterricht folgen können, gibt es nur wenige Schulen mit verschiedenen Leistungsgruppen, was zum einen daran liegt, dass derartige Gruppen zu kostspielig sind, und zum anderen daran, daß die Anhänger einer so genannten Chancengleichheit alles verhindern, was nur im entferntesten nach Selektion und Elitförderung aussieht. Wohin führt diese angebliche „Chancengleichheit“?

Da viele Schüler überfordert sind und sich nicht zurechtfinden, werden sie aggressiv, was gerade in den Vororten der Großstädte zu katastrophalen Zuständen führt, die einen geordneten Unterrichtsbetrieb unmöglich machen.

Leistungsstarke Schüler werden nicht genügend gefordert und gefördert, sie sind frustriert und verlieren jegliches Interesse an der Schule und am Lernen. Die Arbeitsbedingungen der Lehrer verschlechtern sich massiv: Sie sind der Disziplinlosigkeit ausgesetzt, ohne sich wehren zu können. Da der Elternwille darüber entscheidet, ob ein Kind vorrückt oder nicht, ist ihnen auch dieses Disziplinierungsmittel genommen. Dazu kommt erhöhte Arbeitsbelastung durch ständige pädagogische Konferenzen und Sitzungen des Schulbeirates, die natürlich außerhalb des Unterrichts stattfinden.

Diese „réunionite“ (was man mit „Konferenzitis“ übersetzen könnte) rührt einerseits daher, dass das Hauptanliegen der Schulen nicht mehr die Vermittlung von Kenntnissen ist, sondern die Disziplinierung aufmüpfiger Schüler, andererseits von der Ohnmacht der Lehrer gegenüber den Eltern, welche die Lehrer für das Schulversagen ihrer Kinder verantwortlich machen.

Die SNALC fordert deshalb

- weniger Mitsprache für die Eltern;
- wieder mehr Entscheidungskompetenz und Rechte für die Lehrer, z. B. das Recht, einem Schüler das Vorrücken in die höhere Klasse aufgrund mangelnder Leistung zu versagen;
- die Rückkehr zum gegliederten, leistungsdifferenzierten Schulwesen.

Helga Kornprobst

Realschule in Deutschland 1/96, S. 14

Kommentar:

Die Darstellung bezieht sich auf Verhältnisse in Rheinland-Pfalz. Das oben erwähnte Rosenheim liegt im Westerwald.

Abdruck mit freundlicher Erlaubnis der Verfasserin.